

Bürgerinitiative Oberspree e.V.i.G.

Tel.030/6717770

c/o.Gabriele Jenke

E-Mail:

Hartriegelstr. 44a

12439 Berlin

**Der Senat von Berlin
Der Regierende Bürgermeister von Berlin
Herrn Klaus Wowereit
persönlich/vertraulich
Rathausstr.15**

10178 Berlin

Berlin, den 19.08.2009

Sehr geehrter Herr Wowereit,

„Demokratie muss wehrhaft sein“- „Veränderungen bedeuten aber auch Beteiligung- nicht gegen die Bürgerinnen und Bürger, sondern mit ihnen gemeinsam werden wir die Zukunft Berlins gestalten“,

so in Ihrer Regierungserklärung aus dem Jahre 2006.

Wir Bürger aus dem Ortsteil Oberspree sind gerade dabei uns gegen die politisch und sozial instinktlose Entscheidung des Bezirksamtes Treptow/Köpenick zu wehren. Hier kann von Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, was ein soziales Zusammenleben betreffen , keine Rede sein.

Als Grundlage dafür haben wir das Bezirksverwaltungsgesetz, §§ 40 und 41 gesehen, bis uns vom Anwalt bestätigt wurde, dass es sich hierbei wohl um „**Rechtslyrik**“ handelt.

Im Mai diesen Jahres haben wir Bürger von Oberspree zunächst durch Zufall und nach schriftlicher Anfrage erfahren, dass zugunsten des von der Stadt favorisierten Wissenschaftsstandort Adlershof ein vertraglich nicht gebundenes Wohnhaus für Obdachlose –Haus Hebron GmbH - , mit derzeit 96 Bewohnern in unser kleines Wohngebiet verlagert wird. Im April des Jahres 2008 soll der Grundstücksankauf mit Hilfe der Senatsverwaltung Stadtentwicklung über den Liegenschaftsfonds von ca. 11.000qm erfolgt sein und im August des letzten Jahres wurde die Baugenehmigung für ein noch größeres Obdachlosenwohnhaus -120 Plätze- vom Bauamt Treptow/Köpenick erteilt.

Verwunderlich ist, dass das Haus direkt an den S-Bahngleisen entstehen darf, eine Lärmbelästigung für diese Bewohner war dabei wohl unerheblich.

Nun könnte ja der Gedanke aufkommen es handelt sich wieder um Bürger, die soziale Randgruppen nicht vor ihrer Tür haben wollen. So verhält es sich jedoch nicht.

Wir möchten nicht unerwähnt lassen, dass in Oberspree im Bruno-Bürgel-Weg bereits ein Pflegeheim für 60 Alkoholranke und am Bahnhof Schöneweide ein Haus für 30 chronisch Suchtkranke mit den entsprechenden Außenwirkungen auf die Bürger bestehen.

Das neue Haus Hebron soll nun genau an der Stelle entstehen, an der die Kinder der Siedlung ihren Schulweg zur Grundschule und alle älteren Menschen zum einkaufen und zum Arzt vorbei gehen müssen.

Im Umkreis von ca. 500 Metern dieses Objektes befinden sich drei Spielplätze, drei Kitas und ein Gymnasium sowie das Einzugsgebiet einer Grundschule.

Auszug aus der Baugenehmigung BWA-HB 24/282-BG 08: „Die geplante Anlage für soziale Zwecke ist planungsrechtlich zulässig. Eine Verletzung des Rücksichtnahmegebot ist nicht erkennbar .“

Nun mussten wir uns erklären lassen, dass damit nicht das soziale Zusammenleben im Wohngebiet gemeint ist, sondern eine im Baugesetz definierte Störung.

Eine vorherige Bürgerinformation zur Etablierung dieses Wohnhauses mit der speziellen Klientel bis hin zu Haftentlassenen und Suchtkranken gab es seitens des Stadtbezirks nicht und es wird die Auffassung vertreten, dass das auch nicht Aufgabe des Bezirksamtes ist – Bezirksverwaltungsgesetz - hin oder her !

Bei der Suche nach einem Verlagerungsobjekt war jedoch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung beteiligt.

Daraufhin erfolgte Recherchen ergaben, dass es in ganz Treptow/Köpenick *keine* ähnlich gelagerte Einrichtung in dieser Größenordnung gibt, das größte Objekt dieser Art hat 40 Plätze.

Nun werden Sie, sehr geehrter Herr Wowereit, Oberspree von der Örtlichkeit nicht kennen, aber hier erfolgt eine totale Überdimensionierung.

Um unseren Protest Ausdruck zu verleihen, haben wir der Bezirksbürgermeisterin in der BVV am 28.05.2009 einen Brief mit anliegenden 1200 Unterschriften übergeben, ohne Reaktion von ihr.

Die von uns eingereichten Fragen bei der BVV wurden schriftlich beantwortet. Dabei haben wir erfahren, dass auch die Bezirksverordneten von diesen Veränderungen – Verlagerung des Hauses Hebron- in unser kleines Wohngebiet nichts wussten. Nicht einmal die Bezirksverordneten *unseres* Wahlkreises waren davon unterrichtet. So dass man davon ausgehen kann, auch die BVV konnte Rechte aus dem Bezirksverwaltungsgesetz nicht wahrnehmen.

Am 15.06.2009 fand dann eine Bürgerversammlung auf Einladung der Bezirksrätin für Soziales und Gesundheit, Frau Feierabend, statt

Das wörtliche Protokoll dieser Veranstaltung erlauben wir uns beizufügen.

Seiten des Bezirksamtes zeigte man nunmehr Verständnis für die Ängste der Bürgerinnen und Bürger, aber die Verwaltungsentscheidung blieb unberührt. Wir hätten uns gewünscht im Vorfeld dieser Entscheidung unsere Ängste und Bedenken vortragen zu können. Auch Kompromisslösungen wonach wir vorgeschlagen haben das z.Z. bestehende Gebäude mit ca. 30 bis 40 Plätzen zu nutzen und Aufnahmebeschränkungen für Drogensüchtige und Haftentlassenen mit Delikten gegen Menschenleben vorzunehmen, wurden von den Investoren strikt abgelehnt.

Ausgehend von den am 15.06.09 vorgetragenen Daten der Investoren Stefan Ebel und Thomas Windmüller haben wir uns damit auseinander gesetzt.

Dabei erhob sich die Frage, wie kann es möglich sein, dass solch kranke Menschen in einem Haus wohnen, ohne stationäre und soziale Betreuung, einem Haus das nicht dem Heimgesetz unterliegt, indem von 96 Bewohnern 90 eine Pflegestufe haben, viele einen Betreuer haben und einige das Korsakow-Syndrom.

Wir haben mit Schreiben vom 22.07.09 die zuständige Amtsärztin, den sozialpsychiatrischen Dienst und mit Schreiben vom 23.07.09 den Präsidenten des Landesamtes für Gesundheit und Soziales angeschrieben.

Die Antwort des Präsidenten des LAGeSo lautet auszugsweise: **„In dieser Wohnform wird den Bewohnerinnen und Bewohnern ein weitgehend selbstbestimmtes Leben ermöglicht und die Pflege und Betreuung durch ambulante Pflegedienste nur bei Bedarf sichergestellt.“**

Diese Aussage ist bei 90 Pflegegeldempfängern von derzeit 96 Bewohnern schon überdenkenswert.

Darüber hinaus waren wir verwundert, dass die Investoren nicht nur das Baugrundstück von 6.425qm Fläche erworben haben sondern auch ein Nachbargaragengrundstück, mit der Begründung, sie wollen keine Nachbarn haben.

Hier lag für die Vermutung nahe, dass diese Investoren wohl einen günstigen Kaufpreis vom Liegenschaftsfonds Berlin erhalten haben mussten. Hierzu haben wir uns an den Aufsichtsrat des Liegenschaftsfonds Berlin, den Bund der Steuerzahler und den Rechnungshof Berlin gewandt.

Als Neustes erhielten wir Information, dass die Investoren noch weitere Grundstücke im Umkreis der Investitionsmaßnahme erworben haben sollen. Dem werden wir nachgehen.

Um so mehr wir uns als Bürgerinitiative mit diesen Investoren und dem Haus Hebron befassen, sind wir der Auffassung, dass hier massive wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen.

Wir als Bürger von Oberspree sind nicht bereit diese Interessen mit unserem sozialen Umfeld zu unterstützen und die mit dieser Größenordnung verbundenen Außenwirkungen zu tragen, zumal vorhersehbar ist, dass in den nächsten Jahren weitere Objekte dieser Art auf den erworbenen Grundstücken folgen werden.

Wir erlauben uns einen Erlebnisbericht eines unserer Anwohner beizufügen.

Sehr geehrter Herr Wowereit, ist die Politik wirklich so machtlos, wie man uns im Bezirksamt Treptow/Köpenick erklärt ?

Viele unserer Bürgerinnen und Bürger wollen nicht mehr zur Wahl gehen, sie wollen nach diesen Erfahrungen nicht mehr Feigenblatt der Demokratie sein.

Abschließend möchten wir noch einmal auf Ihre Regierungserklärung zurückkommen **„aus Adlershof kommt eine frische und hocheureuliche Nachricht- der Wissenschaftsstandort wächst zweistellig“**, aber bitte nicht zu Lasten der Kinder und der älteren Bürger dieses Wohngebietes.

Über die Beantwortung der in diesem Schreiben aufgeworfenen Fragen wären wir Ihnen, sehr geehrter Herr Wowereit, sehr dankbar.

Hochachtungsvoll

Reinhard Fritze

Gabriele Jenke